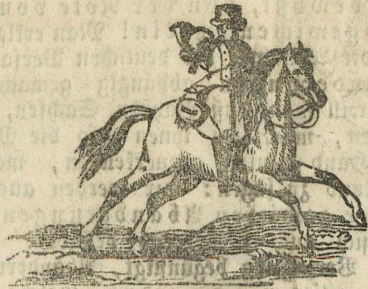


Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Zeitschrift oder deren Raum 8 kr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Gammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 336; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Beyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutsche Reichsversammlung.

204. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident C. Simon.

H Frankfurt, 23. April.

(Schluß.)

Abg. Culmann verlangt einen neuen Ausschuss und neue Berichte. Abg. Schöffel bringt seinen früheren Antrag mit Permanenz, Schutz der Versammlung gegen sogenannte gesetzliche Streitkräfte, Vollziehungsausschuss von 50 Gliedern. Abg. Wedekind will zuerst, daß Alina I des Ausschusses verbleibe, daß dann die Reichsversammlung die zuversichtliche Erwartung ausspreche, daß der König von Preußen die in der Note des Bevollmächtigten von Camphausen an den Reichsminister-Präsidenten vom 17. d. M. motivirte fernere Frist nicht über die nächsten 8 Tage werde ausdehnen wollen, indem sie sonst, da die dringende Lage des Vaterlandes eine längere Ungewißheit nicht duldet, die Kaiserwürde als abgelehnt betrachten und annehmen müßte. Die Reichsversammlung beauftrage ferner für diesen, wenn auch hoffentlich nicht eintretenden Fall gleichwohl ihren 3der Ausschuss, behufs anderweiter Durchführung der vollständig beschlossenen Reichsversammlung die erforderlichen Maßregeln vorzubereiten, und eventuell in der Sitzung vom 1. Mai d. J. vorzulegen. Dann beauftrage die Reichsversammlung die Central-Gewalt, von diesen Beschlüssen den königl. preuß. Bevollmächtigten unverzüglich in Kenntniß zu setzen. Abg. Sepp in Erwägung, daß nach der Erklärung des Herrn Reichsministerpräsidenten Deutschland ein Erbreich gewesen, beantragt, die Erhebung des Hauses Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron erst dann stattfinden zu lassen, wenn das Haus Habsburg-Lothringen in allen seinen Linien ausgestorben sein wird. (Große Heiterkeit.) Zwanzig Redner sind für und sieben und zwanzig gegen den Antrag eingeschrieben.

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| Für den Antrag die Abgg.: | Gegen den Antrag die Abgg.: |
| Müsch. | Heckscher. |
| Welcker. | Schmidt von Löwenberg. |
| Plathner. | Wogt. |
| Künzel. | Wichmann. |
| Grävell. | Moriz Wohl. |
| Matth. | Schöffel. |
| Zimmermann. | v. Radowiz. |
| Gosmann. | v. Bally. |
| Bassermann. | Fröbel. |
| Freudentheil. | Culmann. |
| Gysae. | Löwe von Calbe. |
| Francke. | Nauwerck. |
| Wedekind. | Reichensperger. |
| Stahl. | Schüler von Jena. |
| Anderion. | Degenkolb. |
| Mathies. | Würrth von Sigmaringen. |
| Henfel. | Ranf. |
| Fischer von Jena. | Golz. |
| Robert Mohl. | Heger. |
| Schubert von Königsberg. | Hoffbauer. |
| | Kerbe. |
| | Benedey. |
| | Schwarzenberg. |
| | Umbshelden. |
| | Zimmermann von Stuttgart. |
| | v. Dieskau. |
| | Hagen. |

Abg. Kieruff, Berichterstatter der Majorität des Ausschusses, erhielt zuerst das Wort zu einigen einleitenden Worten. Die Gesamtheit des Ausschusses ist einig in Anerkennung des Zweckes, aber nicht der Mittel. Ich habe hier die frühere Politik der Majorität des Parlamentes nicht zu vertreten, weil ich in manchen Punkten nicht mit ihr übereinstimme, allein ich muß entschieden leugnen, daß unsere Anträge der Politik des Zögerns gemäß sind. Der Sinn dieser Anträge ist nicht, daß wir an der Möglichkeit einer veröhnlichen Lösung der Frage zweifeln, sondern daß wir dem Volke die Gegner unserer Sache zeigen; daß wir dem Volke zeigen, daß wir nichts veräumt haben, um eine Verständigung herbeizuführen, und damit wir uns so der Sympathien desselben nicht leichtsinnig hintanziehen, sondern dieselben uns dadurch erwerben. Man streitet darüber, ob der König von Preußen angenommen. Daß er eine Hinneigung dazu gezeigt, ist klar. Unentschiedenheit ist keine Ablehnung. Andere Anträge, als die der Majorität, sind unweckmäßig. Erst wenn dieselben wirkungslos bleiben, sind weitergehende Vorschläge, wie die der Minorität, rathlich. — Der Vorsitzende verliest einen Antrag des Abg. Fehrenbach, daß über jedes Alinea der Ausschussanträge einzeln abgestimmt werde. Ein zweiter Antrag des Abg. Simon, daß alle Disziplinare, welche die Verfassung nicht beschwören wollten, abgesetzt würden. — Hierauf erhält das Wort der Abg. Heckscher. Ich habe mich nie mit den Paragraphen 2 und 3 und mit allen Centralisationsbestimmungen, noch mit der Ueberordnung eines

Theils über das Ganze einverstanden erklären können; habe auch nie an die Möglichkeit der Durchführung des Gagern'schen Programms geglaubt. Die Gegenwart zeigt, daß ich mich nicht irrte. Ich besorge sehr, daß es noch einer Revolution bedürfe, um zur Einheit zu gelangen. — Durch die Verfassung, wie sie vorliegt, ist Einheit, Einigkeit im Innern, Macht nach Außen unmöglich, ja Verarmung zu befürchten. Ich besorge sehr, daß wir gegenüber unsern alten und neuen Feinden im Innern und außen durch einen großen Militäretat werden erschöpft werden. Das waren von jeher meine Ansichten, und als ich von Italien zurückkehrte, erklärte ich mich offen in dieser Weise an den Herrn Ministerpräsidenten v. Gagern. Meine officöse Sendung nach Oesterreich hatte zum Zweck, guten Rath und Aufschlüsse über die deutschen Zustände dajelbst zu geben, und die österreichischen Minister hörten von uns die haarste Wahrheit. So handelte unsere Partei ihrem Mandate getreu, und schmerzlich überraschte es uns bei unserer Rückkunft, daß auch nur ein Mitglied unserer Partei seine Ansicht geändert hatte. Zu dem vorliegenden Gegenstande übergehend, begehe ich nicht, wie der Ausschuss bei der klaren Antwort des Königs noch bei den Verfassungsbestimmungen stehen bleiben kann. Der Redner spricht für den Antrag der Herren Hermann Müller und Genossen, welcher will, daß die Verfassung die am 28. März gefaßten Beschlüsse außer Kraft setze, die Erklärungen der Einzelstaaten einzuholen, und einen Ausschuss von dreißig Gliedern zur Revision der Verfassung niederzusetzen, welcher bis zum 14. Mai zu berichten habe. Der Redner weist den Vorwurf ab, den man öfters seiner Partei gemacht, daß sie, um die Verfassung zu verderben, für radicale Bestimmungen gestimmt habe. Er erinnert, daß seine Partei immer für ein Directorium, für eine Collectivregierung gewesen und für keinen Erbkaifer, deswegen hat sie für das suspensive Veto und gegen den Reichsrath gestimmt. Ein Directorium ist kein Bundestag, wie so viele behaupten. Schwer ist die Aufgabe, eine Nation zu einigen, in der zwei große Mächte sind, allein die Aufgabe der Nationalversammlung war, eine Verfassung für ganz Deutschland zu machen und nicht Oesterreich hinauszuerwerfen, um Preußen zu halten. Durch diesen Antrag bleibt der Punkt über das Oberhaupt offen und dies ist besonders hervorzuheben, da dadurch Oesterreich, welches sich aus Unmuth abgewendet, der Zutritt möglich bleibt. — Der Vorsitzende verliest einen neuen Antrag des Abg. Mammen und Genossen, dahin gehend, die Antwort der Deputation zu genehmigen, die auf S. Maj. den König von Preußen gefallene Kaiserwahl als erledigt zu betrachten, den Artikel über das Reichsoberhaupt als unausführbar zu erklären und sofort zur Revision desselben zu schreiten. Der nächste Redner, welcher das Wort erhält, ist Abgeordneter Müsch aus Weglar. Er spricht einige wenige Worte zu Gunsten des Ausschusses. Abg. Schmidt v. Löwenberg spricht für das Simon'sche Minoritätsverachten. Er bekämpft das Minoritätsverachten II als nicht weit genug gehend, und weil es nicht die Oberhauptsfrage als eine offene betrachte. Er geht darauf zum Erbkaiferthum selbst über, welches er vom demokratischen Standpunkt bekämpft. Man solle es nicht so weit bringen, daß das Volk einst sage, die Nationalversammlung habe dasselbe in die Lage des Ertrinkenden gebracht, der wohl nach dem Strohalm greift, den aber der Strohalm nicht rettet. Zu Gunsten der Verfassung mit dem Erbkaiferthum gibt es keine Revolutionen. Ich kenne, schließt der Redner, etwas Höheres, als diese Versammlung, und das, was Sie deren Ruhm und Ehre nennen, und worunter gar oft nur der Glitter der eigenen Persönlichkeit verstanden wird; ich kenne etwas Höheres — das deutsche Volk und seine Freiheit und Wohlfahrt. Können diese Güter dem Volke errungen werden, dann halte ich sie für einen unendlich niedrigen Preis erkauft, wenn sie nichts weiter gekostet, als das wahrlich nicht unverschuldete ruhmlöse Ende dieser Versammlung. (Bravo links.) Abg. Welcker. „Wir stehen am Anfange des Endes. Eine Revolution, größer als die vom Jahre 1848, will sich vor uns eröffnen. Allein wir schrecken nicht zurück vor jenen schweren Zeiten. Wir dürfen nur beharren auf unserem Wege, und dem Volke ein Vorbild geben, damit es wie wir zusammenstehe. Keinen sicherern Rath vermag ich zu geben, als wir thun nicht, was die Feinde freut. Wenn wir den Stand des Vaterlandes seine Vergangenheit, seine Zukunft erwägen, so müssen wir sprechen: wir stehen und fallen mit der Verfassung, wir weichen nicht eher von dieser Stelle, als bis es uns möglich gewesen, dem deutschen Volke unser Wort zu halten, ihm eine wirkliche Verfassung und kein Stück Papier zu geben.“ Wer hat einen anderen Gedanken gehabt bei der Gründung der Centralgewalt, als daß tagtäglich ihre Minister verantwortlich seien der Nation. Sie zu entfernen macht man den Vorschlag: ihre Entfernung ist der Beginn der Anarchie. Hier handelt es sich um die Erhaltung einer auf rechtmäßigem Wege zu

Stande gekommenen Verfassung, an der kein Jota geändert werden kann, außer dem, was durch die Gewalt der Thatsachen als nothwendig sich herausstellen wird. Die Verantwortung derer, welche ablehnen werden, ist eine große; die Geschichte wird über die Rathgeber derjenigen Fürsten ihr Urtheil sprechen, welche gegen die Annahme rathen. Der Redner macht auf die Vorzüge der Verfassung aufmerksam, bei der eine hauptsächlichliche Furcht der Linken, die Corruption, kaum denkbar sei. Die Regierungen werden einsehen, daß die Bestimmung des erblichen Oberhauptes vorzüglich zu ihrem Vortheile ist. So wären die Gründe vorhanden, warum die Linke, die Majorität des Hauses und die Regierungen zusammengehen können. Die Regierungen werden es einsehen, auch ihnen wird eine größere Freiheit werden, während die Fürsten früher nur die Freiheit hatten, die Völker zu drängen. (Bravo.) Ich erinnere an die Verträge, welche die deutschen Fürsten kannten, an die klägliche Rolle, welche sie zur Zeit des Bundestags gespielt. Diese Verfassung kann das Längstversetzte leisten, sie gibt Freiheit, Einheit, Würde und Kraft. Ich darf es sagen, daß wir Oesterreich nicht ausgeschlossen haben. (Hört.) Ich habe für die Nichtausscheidung Oesterreichs immer gewirkt und darf dem Vorredner (Heckscher) wohl entgegenreten. Die schwankende Politik des österreichischen Ministeriums, die Absicht, einen österreichischen Centralstaat und nicht einen Föderativstaat zu bilden, haben es gethan. Man möchte gern dort die alte Politik Oesterreichs gegenüber Deutschlands fortsetzen und was diese ist, hat die Vergangenheit gelehrt. So lange Oesterreich an der Spitze Deutschlands stand, geschah nichts für Deutschlands Politik, ihre Größe und Freiheit. Nach dem österreichischen Projecte würden wir kein Vaterland erhalten haben; es gibt aber nichts Höheres für den Menschen als das Vaterland, für das er selbst das Leben zum Opfer bringen kann, und welches ich höher schätze als Familie, Gut und Wonne. (Beifall.) Nie ist Deutschland ein schmählicheres Anerbieten gemacht worden, als der Eintritt der 38,000,000 Einwohner Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat. Oesterreich hat seine Abgeordneten jetzt abberufen, es hat Preußen den Vorschlag gemacht, 40,000 Mann um Frankfurt zu vereinigen. (Hört!) Oesterreich erkennt kein Volkshaus an. Es that dem deutschen Volke zuerst die Schmach an, sein Volkshaus heimzuschicken zu wollen; es erklärte zuerst den deutschen Bund als noch bestehend. Wir stehen, schließt der Redner, an der Schwelle des Kampfes für die Volksfreiheit, mit Erstaunen höre ich jetzt, daß man eine Fürstensouveränität, welche man aus den Händen eines fremden Eroberers erhalten hat, dem Willen der engeren Nation entgegenstellt. Wenn die Fürsten ihre Souveränität wahren wollen, so sollen sie gleich zusagen, denn jeden Tag wird das Volk erbitterter gegen jene Fürstensouveränität. (Großer Beifall rechts und in den Centren.) So gewiß aus den trüben Wolken der Sonnenstrahl dringt, so gewiß wird aus den trüben Wolken der Cabinete die Sonne der Volksfreiheit und Einheit Deutschlands dringen. Es ist die Aufgabe der Fürsten, die Revolution zu schließen und nicht fortzusetzen. (Großer Beifall rechts und in den Centren.) — Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird angenommen. Der Vorsitzende verkündet das Ergebnis der beim Anfange der Sitzung vorgenommenen Wahl in den Marineauschuss; die Abgg. Godefroi aus Hamburg, Maier aus Bremen und v. Keden aus Hannover sind in denselben gewählt worden. Ausgetreten ist ferner Abg. v. Bun aus Feldkirch. Eingetreten Herr Wimmer aus Tirschenreuth in der Oberpfalz. Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

Frankfurt, 23. April. Was wir in der heutigen Sitzung gehört, gibt uns die Hoffnung, daß die Nationalversammlung ihren Feinden nicht die Freude machen wird, den Weg der Mäßigung und Besonnenheit zu verlassen. Wenn der Mehrheitsantrag des Ausschusses keine gefährlicheren Gegner findet, als wie heute, die H. Heckscher und Schmidt von Löwenberg, so ist ihm der Sieg gewiß. Herr Heckscher's Rede kam um drei Wochen zu spät, und so sehr es auch für die Zähigkeit seiner Parteiüberzeugung spricht, daß er jetzt noch glaubt, das bekannte großdeutsche Directorium empfehlen zu sollen, so sehr gibt es Zeugnis von allem Mangel an richtiger Erkenntniß der gegenwärtigen Lage, daß er glaubt, dies jetzt noch thun zu können. Die Rede, in welcher der öfte Gebrauch des Wörtchens „ich“ dem Ohre lästig auffiel, hatte überhaupt zu sehr den Charakter einer Rede zu persönlicher Rechtfertigung, als daß sie auf die Sache, welche auf der Tagesordnung stand, irgend hätte Einfluß üben können. Sie ging daher auch klanglos, ja selbst ohne das ehrende Zeichen der Gegner, vorüber. Welche Wirkung konnte sich wohl auch Herr Heckscher von den abgedroschenen Phrasen: man habe Oesterreich ausgeschlossen, hinausgeworfen u. jetzt noch erwarten? Und fühlte er denn nicht, wie tief er seinen an-

gestrebten Ruf als Staatsmann selbst verwundete, indem er jetzt noch Gager's Programm als fehlerhaft verwarf, während doch noch nie eine staatsmännische Voraussicht glänzender gerechtfertigt worden, als gerade die in dem Programm ausgesprochene? Bemerkenswerth an der Rede war übrigens vor Allem die Behauptung, es gebe wohl eine nassauische, bückenburgische und waldeckische, aber keine deutsche Volksouveränität. Diese Behauptung steht der bekannten Erklärung Römers gerade gegenüber, oder ergänzt sie. Ob die letztere, daß es nämlich keine württembergische u. s. w., sondern nur eine allgemeine deutsche Volksouveränität gebe, richtiger sei, mag jeder beantworten, der sich die Frage vorlegt, ob z. B. die württembergischen Staatsbürger gegenüber ihrem Fürsten rechtlich und moralisch weniger gebunden sind, als gegenüber allen anderen deutschen Fürsten. Minderes Interesse noch als Hr. Heckscher erregte uns Hr. Schmidt von Löwenberg, bekannt aus jener Zeit, wo das, was sich an die Namen Schmidt und Wiesner knüpfte, Manchen besorgt machte, es sei in Deutschland das Gefühl für sittliche Würde in unreifer Halb- und widerlicher Sulfisance — denn ein deutsches Wort gibt es göttlich hierfür nicht — untergegangen. Bei diesem Mangel aller Selbstkritik merkte denn auch Hr. Schmidt nicht, daß ihm heute das erbliche Kaiserthum einmal ein schwacher Strohhalm und dann wieder der starke eiserne Käfig war, der die arme sociale Demokratie gefangen halte. Er merkte nicht, daß er die Volksouveränität verwarf, als er die Beschlüsse der Nationalversammlung verdammt, was ihn aber natürlich nicht hinderte, den Willen der Vertreter des Volkes als den allein gültigen darzustellen. Als wir zuletzt noch hörten, daß Hr. Schmidt auch noch von einer künftigen Umwälzung träumt, durch welche alle gesellschaftlichen (socialen) Uebel sollen gehoben werden, da waren wir nach Welcker's Ausspruch: der Verstand des Volkes werde alle Tage größer, gewiß, daß dieses verständige Volk in den nächsten Reichstag solche Vertreter nicht mehr senden werde. Welcker's Rede war dagegen ganz vortrefflich. Sie war vor Allem nach der Seite hin berechnet, von welcher die Bedenken und der Widerstand gegen die Verfassung kommen. Möge man sie in diesen Kreisen nicht übersehen. Sie verdient wohl eine besondere Verbreitung.

Frankfurt, 23. April. Die badische Regierung erklärt: Wir nehmen die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 27. und 28. März unbedingt an und wünschen sehr, daß alle andern Regierungen diesem Beispiele folgen mögen. Geschieht dies nun, so ist alles fertig, die Reichsverfassung kommt zum unverfürgten Vollzug und der König von Preußen nimmt an. In Württemberg sagt man: Wir können uns über die Oberhauptfrage noch nicht erklären, weil die übrigen Fürsten sich noch nicht darüber ausgesprochen haben. — Wenn nun andere Regierungen dem Beispiel Württembergs folgen, wie sieht es dann mit dem Zustandekommen der Sache aus? Zudem erwartet der König von Preußen, nach seiner Rede an die Deputation, die Annahme der Oberhauptwürde auszusprechen. Der König von Württemberg erwartet seinerseits zuerst die Erklärung des Königs von Preußen. Das hindert aber (nach der Frankf. „D. P. A. Z.“ von heute) den Freiherrn v. Linden nicht, zu behaupten: die württembergische Erklärung sei viel offener, als die badische Erklärung, der ja ein Vorbehalt hinzugefügt sei. Indessen dürfen wir wohl darauf vertrauen, die Welt wird es nicht übersehen, wie es Freiherr v. Linden übersehen hat, daß die badische Erklärung kein verstecktes „Nein“, sondern ein unumwundenes „Ja“ ausgesprochen hat, und daß der Vorbehalt eben nur für den unglücklichen Fall beigelegt ist, daß durch ähnliche Erklärungen, wie die der württembergischen Regierung, zuletzt wirklich nichts zu Stande kommen könnte. Auf der badischen Regierung wird der Verdacht nicht haften, als seien ihre Erklärungen keine „offenen“ gewesen. Der Großherzog von Baden hat von Anfang an die deutsche National Sache mit einer Wärme ergriffen, er hat den Gang derselben nicht bloß mit den besten Wünschen begleitet, sondern mit so vielen offenen Erklärungen vorangehend unterstützt, daß er gewiß sein darf, die dankbarste Anerkennung in der deutschen Nation zu finden. Um so mehr dürfen wir annehmen, daß selbst in jenem unglücklichsten Falle, den wir nicht denken mögen, die vorbehaltenen Schritte, die der Großherzog im Einverständnis mit seinen Ständen alsdann zu thun hätte, kein anderes Ziel haben würden, als immer wieder die allgemeine Sache der deutschen Nation nach den Umständen, so weit es möglich ist, thätig zu fördern, und Alles was derselben nachtheilig werden könnte, zu vermeiden.

RC Frankfurt, 23. April. Der Augenblick, welcher die Einigung Deutschlands vollenden sollte, fand in Berlin das Ministerium Brandenburg und niemals — das ist nun leider mehr als gewiß — hat ein großer Moment kleinere Männer gefunden; niemals ist die Politik Preußens, selbst in den traurigsten Zeiten dieses Staates, unter Friedrich Wilhelm II., unter Haugwitz, kläglicher und jammervoller gewesen, als heute. Eine mächtige Revolution wird durch eine patriotische Versammlung in gemäßigter und gesetzlicher Bahnen hinübergeführt, unübersteigliche Hindernisse in den Abneigungen und Vorurtheilen der Stämme werden mit ausdauernder Geduld überwältigt, die Unmöglichkeiten, welche in Oesterreichs besonderer Stellung liegen, werden durch eine entschlossene Repeal, der Weg, der allein die Einheit begründen kann zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland, der diese beiden gleichen Hälften des Vaterlandes zu einer unauf löstlichen Ehe einigt, führt nach langen und schweren Kämpfen zum endlichen Ziel. Die Stämme überwinden sich selbst, ihren alten Haß und ihre Abneigungen, Preußen, welches inzwischen Alles gethan hat, um nach Kräften die Thätigkeit der Erbkaeserlichen zu schwächen und ihre Erfolge zu verkümmern, wird an die Spitze gerufen. Deutschland bricht in Jubel aus, es glaubt sich am Ende der langen Irrfahrt — aber es ist April, das Ministerium Brandenburg findet den dargebotenen Sitz nicht bequem genug, es wünscht ihn besser gepolstert! Bei alledem erklärt Graf Brandenburg noch am 21.

April in der Berliner zweiten Kammer: das Ministerium sei sich bewußt, von der Note vom 23. Januar nicht abgewichen zu sein! Man erklärt zu gleicher Zeit, daß die Annahme der deutschen Verfassung von einigen Abänderungen abhängig gemacht werden muß. Und doch will man, daß Bayern, Sachsen, Hannover anerkennen sollen, man legt ihnen also die Mittel ausdrücklich in die Hand, nicht anzuerkennen, man legt es ihnen in den Mund zu sagen: wir werden auch anerkennen, aber unter gewissen Abänderungen! In dieser Lage wird sich auch Oesterreich befinden. Wenn der Staat, den die Verfassung begünstigt, Abänderungen verlangt, wozu berechtigt man die andern, welche sich unterwerfen sollen, durch solche Erklärungen? Und man verzagt es der Reichsversammlung, daß sie dieser schwach sinnigen Politik, der plötzlich aus der Pistole geschossenen Vereinbarungs- und Theorie vom 3. April gegenüber, die nun und nimmer zu einem Resultate geführt haben würde, am 11. April erklärt hat, bei ihrer Verfassung stehen bleiben zu wollen! Wir haben nach alledem mit großer Freude vernommen, daß die zweite Kammer in Berlin sich endlich ermannt und das Ministerium gestürzt hat. Die Entlassung, welche Herr Camphausen unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Votum über den Robbertus'schen Antrag gefordert hat, wird das Gewicht jener Abstimmung bedeutend vermehren. Von Neuem schöpfen wir Hoffnung, daß ein neues Ministerium die deutsche Frage im Sinne Deutschlands lösen werde. Wir wiederholen diesem neuen Ministerium, daß es unmöglich ist, einen andern Weg zu gehen als den der Reichsversammlung.

Frankfurt, 22. April. Gestern Abend war Versammlung im Weidenbusch. Zuörderst ward ein präjudicialer Antrag bekämpft und abgelehnt, wonach die Discussion über den Dreißigerauschuß bis auf Donnerstag den 26. d. M. ausgesetzt werden sollte und zwar in Betracht verschiedener neuer Ereignisse, deren Entwicklung abzuwarten sei, bevor man auf irgend eine Beschlußnahme eingehe. Man verkannte nicht, daß es von der höchsten Wichtigkeit sei, gegenwärtig nicht durch ein vielleicht zaghaft scheinendes Jögern das Vertrauen des Volkes auf den Ernst und die Festigkeit der Reichsversammlung zu schwächen, und man machte mit Grund geltend, daß eben diese Festigkeit gebiete, den Dingen frisch und muthig in das Auge zu blicken. Man verlangte keine überstürzenden Maßregeln, aber doch erschien vielen der Majoritätsbeschuß des Ausschusses als zu milde und ward insbesondere deshalb angegriffen, weil er eine Aufschubung ins Unbestimmte zu enthalten scheinete, welche nicht in der Absicht der Reichsversammlung liegen könne. Es wurden verschiedene Anträge gestellt und man vereinigte sich dahin, alle diese Anträge dem Vorstände der Weidenbuschversammlung zu übergeben, damit derselbe mit Zuziehung noch einiger Mitglieder der Versammlung sie erwäge und heute Abend in einer um 7 Uhr angelegten Versammlung darüber Vorlage mache.

Frankfurt, 23. April. Im Weidenbusch hat man gestern Abend sich dahin vereinigt, der Discussion heute ihren Fortgang zu lassen und alle etwa zu stellende Anträge noch zu verschieben, um jede Ueberstürzung nach Möglichkeit zu verhüten. Mitgetheilt ward die Nachricht, daß in der zweiten Kammer zu Berlin der dritte Satz des Robbertus'schen Antrags angenommen sei. Von Stuttgart lief die eigenthümliche Nachricht ein, es habe der Prinz Friedrich ohne Wissen des dortigen Kriegsministers die im badischen Oberlande stehenden württembergischen Truppen zurückbefehligt, in dessen sei ihnen bereits durch den Kriegsminister der strengste Gegenbefehl zugesendet worden. Also auch dort Kamarilla hinter der Regierung? (D. 3.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 20. April. Mit dem um 8 Uhr abgegangenen Morgenzuge begab sich der Herzog Adolph von Nassau zur Armee. — Nach dem Bericht des Haderslebener Postamts vom 19. April ist diesen Morgen der General Bonin mit dem Hauptquartier nach Christiansfeld abgegangen.

Δ Schleswig, 19. April. Wie wir hören, hat Herr Major Duhall den Oberbefehlshaber v. Prittwitz auf den Düppeler Schanzen getroffen, wo er persönlich die Befestigungsarbeiten leitete, vor deren wenigstens theilweiser Beendigung er nicht glaubte, nach Jütland vorrücken zu sollen. Der Bau von Blockhäusern war in vollem Gange und die Schanzen sollen durch vier vollständige Redouten gegen jeden Angriff gesichert werden. Der Besitz Alsens und des Brückenkopfs wird dadurch den Dänen werthlos und die Hauptmacht der Deutschen kann dann unbesorgt sich im Norden bewegen. Die Dänen scheinen dies auch bereits einzusehen. Sie haben nur noch 5—6000 Mann auf Alsen. Alle übrige Mannschaft ist nach Jütland gebracht, wo es denn auch zu einem entscheidenden Schlage wird hoffentlich kommen können. — Wir haben hier kaltes Wetter und die braven Soldaten biswausen auf den Düppeler Schanzen im Schnee und Eis. — Wimpel und Hauptflagge der „Gefion“ und die Flagge des Hauptboots von „Christian Vill.“ sind bereits nach Frankfurt abgesendet. So gern wir diese Trophäen hier behalten hätten, so fühlen wir doch, daß sie dahin gehören, wo die Männer wirken, welchen wir so energischen Schutz verdanken.

Apenrade, 20. April. Heute ist die Avantgarde der schleswig-holsteinischen Armee, nämlich das 1. Jägercorps, das 9. und 10. Infanteriebataillon nebst Artillerie und Cavallerie, in Jütland eingerückt.

In Kopenhagen soll sich der Staatsrath mit der Frage, was zu thun sei, wenn die Deutschen in Jütland einrücken, ernstlich beschäftigt haben. Der erste bedrohte Punkt ist die kleine Festung Fredericia, welche, unbedeutend als Waffenplatz, von großer strategischer Wichtigkeit ist, weil sie den Uebergang vom Festlande über den dort sehr schmalen und für große Kriegsschiffe unfahrbaren kleinen Belt nach der Insel Fühnen beherrscht. General Rye wird da-

her wahrscheinlich auf diesem Punkte die dänische Hauptmacht concentriren und den Platz mit Hilfe der Strandbatterien von Steib auf Fühnen, der Kanonenböte und Dampfschiffe zu vertheidigen suchen.

Auf Alsen hat an General Bülow's Stelle der Ritter de Meza, ein tüchtiger Artillerieoffizier, das Commando erhalten. Die Besatzung der Insel besteht aus zwei Brigaden, nach anderen Berichten nur aus fünf Bataillonen. Man will wissen, daß sie sich auf eine Occupation Alsens durch die Deutschen schon gefaßt machen, indem sie ihre Magazine einschiffen und die Halbinsel Refenis, die an einem schmalen Damme unten an der Insel hängt, durch starke Verschanzungen in einen sicheren Zufluchtsort für die Truppen verwandeln. Bis zum 19. ist auf den Düppeler Schanzen nichts Bemerkenswerthes vorgefallen, doch deutet die Errichtung von Blockhäusern auf jenem Punkte auf ein größeres Unternehmen.

Deutschland.

Wien, 19. April. Das gestern erwähnte Gefecht bei Pest am 16. April endete um 9 Uhr Abends mit der Wiedereinnahme der vorigen Stellungen durch beide Heere, welche den 17. ruhig verblieben. Indessen hat sich die Besorgniß bestätigt, daß die Insurgenten durch jenes Gefecht nur die Bewegung eines Corps von 30,000 Mann, welches Dembinski den unter General Bogel (Hammerstein blieb in Lemberg) nach Oberungarn über Eperies nach Kaschau eingerückten 16,000 Mann kaiserlicher Truppen in Eilmärschen entgegenfand, massiren und die Armee vor Pest von der Absendung eines Hilfscorps in jene Gegend abhalten wollten. Dieses Insurgentencorps soll bereits in Wisfolyz sein und operirt wieder nach dem alten Plan: das verzeigte kais. Corps mit Uebermacht zu überfallen und zurückzudrängen. Auch Görgey soll von Jpolyshag über Nimaszombat gegen General Bogel anrücken. Wenn in dessen General Wohlgenuth mit seinem Corps ihm auf dem Fuße folgt, so müssen beide Corps der Insurgenten über die Theiß zu entkommen suchen. Alles hängt von der Schnelligkeit der beiderseitigen Bewegungen ab. Diese Divergenz scheint von Komorn den Anfall der Insurgenten für jetzt abgewendet und zugleich zu der in hiesigen Zeitungen veröffentlichten Fabel Anlaß gegeben zu haben, daß Kossuth über Eperies die Flucht ergriffen habe. An dem Gefecht am Flusse Gran bei Parkany oder Kalna, einem kleinen Dörfchen daneben, (nicht Kalna bei Lewa) scheiterte der Insurgentenmarsch nach Komorn, und da General Welden am 17. April Abends schon in Gran war und die Insurgenten vor dem Einlangen der Verstärkungen kein entscheidendes Resultat erzielten, so können wir bald von Offensivbewegungen der kaiserlichen Armee hören. (A. 3.)

Der am 10. d. M. bei Waizen gebliebene Generalmajor Christian Götz, geboren zu Lieben im Jahr 1783, evangelischer Religion, trat am 27. November 1800 als Gemeiner freiwillig bei Prinz Coburg Dragoner Nr. 6 in österreichische Kriegsdienste und ist bis 1815 stufenweise zum Premierreitermeister vorgerückt. 1828 quittirte derselbe und verehelichte sich. 1831 trat er als Hauptmann bei Herzog von Nassau Infanterie Nr. 29 wieder ein, ward 1835 Major, 1838 Oberstleutnant, 1843 Oberst und 1848 Generalmajor.

Es wird von Reisenden, die aus Pest kommen, berichtet, daß man daselbst oft weniger von dem Stande der Kriegsoperationen, als in Wien erfahre. Hiermit stimmen auch die heutigen neuesten Nachrichten in der „Österreichischen Post“ zusammen, wo es bei Pest heißt: Vor der Hand ist die ungarische Armee abermals verschwunden. Es ist Thatsache, daß wir in diesem Augenblick nicht wissen, wo der kern des Feindes steht.

Triest, 16. April. Die Sardenslotte hat endlich die Gewässer von Pirano verlassen. Schon gestern wurden die Segelschiffe jenes Geschwaders auf den Höhen von Lissa gesehen. Venedig hat erklärt, auf dem Widerstand zu bestehen; so lautet die Antwort auf Haynau's Aufforderung zur Uebergabe. Verlästliche Privatnachrichten lauten weniger heldenmüthig. Seit 5 Tagen sah man kein Reich in der Dogenstadt. Das anhaltend stürmische Wetter, die seit Wochen ununterbrochenen Südwinde halten die Blokade zur See, da sie keinem Fahrzeuge das Einlaufen nach Venedig gestatten. Die österreichischen Kriegsschiffe stehen noch auf der Rebe von Pirano. Der Viceadmiral erwartet den Witterungswechsel, um seine Operationen beginnen zu können.

Die „Zeitung für Norddeutschland“ meldet in einem ihrer neuesten Blätter aus Berlin: Während so viele große politische Ereignisse den Thron der Hohenzollern bedrängen, wird der Familienkreis derselben auch von störenden häuslichen Begebenheiten heimgesucht. Am 28. März erfolgte auf dem Kammergericht die Trennung der Ehe des Prinzen Albrecht mit der Prinzessin Marianne der Niederlande, welche schon seit einigen Jahren in Folge mancher Zerwürfnisse drohte. Der Prinz hatte zuletzt auf Scheidung geklagt und als Grund unüberwindliche Abneigung angegeben. Da mit dem 1. April alle Ehescheidungsklagen an die Untergerichte übergegangen sind, wurde der Schlichtermin in Eile noch am 28. v. M. gehalten. Der Prinz war in Person vorgeladet, erschien jedoch nicht, die Sachwalter beider Parteien standen daher allein vor dem Kammergerichtspräsidenten v. Strampf und dem Staatsanwalt Sethe. Eine Vernehmung des Leibarztes des Prinzen, Dr. v. Armin, währte mehrere Stunden, worauf die Scheidung ausgesprochen wurde. Der Prinz wurde von der Zahlung einer bedeutenden Entschädigungssumme, welche von der andern Seite gefordert wurde, freigesprochen, ebenso ihm die Kinder zuerkannt. Die Prinzessin befindet sich gegenwärtig im Haag; sie hat die ihr gehörige schöne Herrschaft Camenz in Schlesien verkauft und keine Erlaubniß erhalten, wieder nach Preußen zurückzukehren. Sobald die Verhältnisse es erlauben, will die Prinzessin nach Italien gehen und dort ihren ferneren Aufenthalt nehmen.

Die Anhalt'schen Herzogthümer haben ihre unbedingte Unterwerfung unter die von der Frankfurter Nationalver-

sammlung gefassten Beschlüsse officiell erklärt und die Kamern der genannten Länder haben die Souveränität dieser Versammlung ohne Rückhalt anerkannt. Wir sind zu dem Verlangen berechtigt, daß nun den hochklingenden Worten auch die nachdrückliche That folgen werde. Wenn daher ein vom Stillschicksgefühl der gesammten Nation gebilligter Beschluß der Nationalversammlung die Aufhebung sämtlicher Spielhöhlen am 1. Mai gebietet, so erwarten wir, daß Herr Minister Habicht die Spielbank in Götten, diese auf dem Knotenpunkte der wichtigsten Verkehrslinien Norddeutschlands belegene privilegierte Freistätte der Verführung und Plünderung, zur festgesetzten Zeit unfehlbar schließen wird. In Anerkennung der von der Frankfurter Versammlung gegebenen Verfassung ist Götten der preussischen Regierung zuvorgekommen; dagegen hat diese die Aufhebung der Aachener Spielbank bereits angeordnet. Nicht die benachbarten Länder allein, welche jener Hölle die zahlreichsten Opfer senden; nein, die öffentliche Meinung des ganzen Deutschlands verlangt, daß der dankenswerthe Vorgang der preussischen Regierung in dem „freisinnigen“ Götten sofortige Nachahmung finde. Der Termin ist gegeben; die öffentliche Meinung wird die Einhaltung desselben auch in Götten überwachen. (C. 3.)

Was schon lange als bevorstehend bezeichnet wurde, das ist jetzt geschehen. Die Abgeordneten der zweiten Kammer Harfort, Diermann, Müller, Erbreich, Pfaffmann, Brüninghaus, Möde, Ludwig, Seiffert, Jordan, Kießling, Martens, v. Beughem, Jacob, Thiel, Gellern, Gessler, Hüg, Sames, Wolge und Diesterweg haben sich am 16. April als rechtes Centrum constituirt und folgendes Programm aufgestellt, in dem man besonders die Entschiedenheit über die deutsche Frage billigen muß:

„Wir halten fest an dem Princip der constitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern; erkennen die Verfassung vom 5. December v. J. als rechtmäßiges Grundgesetz des preussischen Staates an und verpflichten uns, zu der vorbehaltenen Revision derselben nur auf dem im § 112 derselben vorgezeichneten Wege mitzuwirken und das Ergebnis dieser Revision als verbindlich anzuerkennen zu wollen. Da wir indessen nicht so sehr in der strengen Verfolgung abstracten Theorien, als wie in der Förderung der geistigen Bildung und des materiellen Wohlstandes das Heil der Nation erblicken, so soll unsere angestrengteste Thätigkeit in der zweiten Kammer vorzugsweise auf folgende Punkte gerichtet sein: 1) Verbesserung der Schulen und des Volksunterrichts. 2) Verwirklichung des Princips der Selbstregierung und Verwaltung durch Erlassung einer einfachen, freien und kräftigen Gemeindeordnung, in Verbindung mit der entsprechenden Kreis- und Bezirksordnung. 3) Entlastung des Grund- und Bodens, mögliche Entwicklung des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe. 4) Sorgfältige Prüfung des Staatshaushaltes. 5) Gleichmäßige Verteilung der Steuerlast. 6) Schließlich bekennen wir uns zu einer entschieden deutschen Politik, und erachten es für den Beruf Preußens, sich an die Spitze zu stellen und den übrigen deutschen Staaten ein edles Beispiel durch Annahme der Verfassung zu geben, deren zweckmäßige Abänderung später auf gesetzlichem Wege erfolgen soll.“

Stettin. Die hiesige Schiffsfahrtscommission hat am 16. d. M. dem britischen Viceconsul in Stettin, Herrn Petersen, eine Vorstellung übergeben, in welcher sie ihn auffordert, seine Regierung von der Unzulässigkeit der dänischen Blofaden der preussischen Dfseehäfen in Kenntniß zu setzen, damit dieselbe Maßregeln treffe, der völkerrechtlich unzulässigen Belästigung der neutralen Schiffe durch die dänischen Kreuzer ein Ende zu machen. Sie beruft sich darauf, daß eine gültige Blofaden nur stattfindet, wenn ein Kriegsschiff vor dem zu blokirenden Hafen in Sicht stationirt ist, daß aber die zur Blokade von fünf preussischen Dfseehäfen bestimmten beiden Kriegsschiffe „Havruen“ und „Alca“, abgesehen davon, daß sie ihrer Zahl nach dazu nicht hinreichen, vor keinem dieser Häfen stationirt sind, sondern sich damit begnügen, die neutralen Schiffe auf hoher See von der Fahrt nach jenen Häfen abzumachen und sich seit dem Beginn der Blofaden nur ab und zu vor jenen Häfen kreuzend gezeigt haben.

Würzburg, 23. April. Gestern Nachmittag fand im Garten des „Römischen Kaisers“ dahier eine Volksversammlung statt, um über eine Adresse an den König zu beraten, worin um unverzügliche Einberufung der Kamern gebeten wird. Die Adresse wurde unverändert angenommen.

Hannover, 21. April. Es wird allgemein behauptet, daß unsere vertagten Kamern in den nächsten Tagen, mithin vor dem 3. Mai, wieder in Thätigkeit gesetzt werden sollen. Wir schenken dieser Mittheilung indessen keinen rechten Glauben. Entweder müßte das Ministerium in der deutschen Frage eine ihm sehr günstige Stellung erreicht haben, oder es müßte in dieser wichtigen Angelegenheit anderer Ansicht geworden sein. Aber weder für die eine, noch für die andere Annahme können wir uns in diesem Augenblicke entscheiden. Unsere politischen Vereine sind fortwährend sehr thätig. Volksverein und neuer vaterländischer Verein haben Adressen an die Nationalversammlung gesandt, in welcher erklärt wird, daß man mit der Nationalversammlung unerschütterlich an der Reichsverfassung festhalten werde. Der neue vaterländische Verein hat die Mannheimer Adresse adoptirt, wovon er die Brüder in Mannheim in Kenntniß setzen wird. — Großes Aufsehen erregt hier die plötzlich erfolgte Versetzung des Kanzlei-Auditors Pland von der hiesigen Justizkanzlei an die zu Osnabrück. Hr. Pland war eines der ausgezeichnetsten Mitglieder des Volksvereins und des neuen vaterländischen Vereins, ein junger höchst begabter, aber keineswegs excentrischer Mann. Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß man bei dieser Versetzung die politische Richtung des Auditors Pland im Auge gehabt hat. Unser Gesamtministerium macht sich doch täglich beliebter, denn wenn diese Versetzung auch nur vom Ministerium der Justiz beliebt worden ist, so ist sie doch im Geiste des ganzen Ministeriums erfolgt.

Murich, 16. April. Der hiesige Bürgerverein hat eine Petition an den König erlassen, derselbe möge dahin wirken, daß der König von Preußen die auf ihn gefallene Kaiserwahl auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung unbedingt annehme. Zugleich spricht der Verein seine Uebereinstimmung mit der am 11. von Abgeordneten beider Kamern an das hannoversche Ministerium gerichteten Vorstellung aus und

bittet Se. Majestät, die sofortige Wiederberufung der Ständeversammlung verfügen zu wollen. Das Centralcomite der verbundenen ostfriesischen Vereine fordert nun sämtliche politische Vereine und die Gemeinden Ostfrieslands auf, sich dieser Petition anzuschließen, damit „der König sich von der überwiegen deutschen Meinung Ostfrieslands überzeuge“.

Emden, 16. April. Von vielen achtbaren Bewohnern hiesiger Stadt ist eine Adresse an den König gerichtet, in welcher an denselben die Bitte gestellt wird, „das Gesamtministerium entlassen und Männer berufen zu wollen, deren System mit der allgemeinen Stimmung des Landes im Einklang stehe.“

Stuttgart, 23. April. Eine Extrabeilage zum „Schwäbischen Merkur“ enthält folgende

Proclamation:
„Württemberg! Seit 32 Jahren habe ich die Geschicke uneres gemeinschaftlichen Vaterlandes gelenkt, habe ich nur einen Gedanken, nur eine Aufgabe, die Eurer steigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit verfolgt! In ersten und in guten Tagen habt Ihr mir vielfache Beweise Eures Vertrauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beispiel von Eintracht zwischen Fürst und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unsern Nachbarn und zugleich mein Stolz, so wie das beständige Ziel aller meiner Regierungsmühen war. Württemberger, die Zeiten sind ernst, das Vaterland, das gemeinschaftliche, wie das besondere, ist von vielen und großen Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir fest und einträchtig Hand in Hand gehen. Wie Ihr, will auch ich ein großes, einiges und starkes Deutschland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunsten eines so gemeinnützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinschaftlichen Vaterlandes gilt, müssen alle Interessen, die großen wie die kleinen, schweigen. Die Nationalversammlung hat das Verfassungswerk ihrerseits vollendet, allein Ihr wißt, daß zwischen ihr und den größeren Regierungen Deutschlands zur Zeit noch eine Nichtverständigung über diesen hochwichtigen Gegenstand besteht. Ich für meine Person habe eine solche Verständigung in keiner Weise herbeigeführt; da sie aber leider vorhanden ist, so gebieten Klugheit und Vorsicht, so erheischen das wahre Wohl und eine gesicherte Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir die Entwicklung derselben mit Ruhe und Zuversicht abwarten. Verlaßt Euch auf mein Fürstenthum, es ist weder für Euch, noch für Deutschland keinerlei Gefahr in einem solchen Verzuge. Eine vorschnelle Entschlußnahme von unserer Seite würde im Gegentheil die friedliche Lösung der Frage eher verhindern und verzögern, als beenden und fördern. Schnedies kann und wird die Ungewissheit darüber nicht lange mehr andauern. Württemberger, vertraut Euren Könige, der es wohl mit Euch meint; mißtraut den Einflüssen und den Reden aller Ehrgeizigen und aller Wähler, die sich selbst und Euch auf den Weg des Verderbens führen würden. Es lebe die deutsche Einigkeit und die allseitig friedfertige, ruhige Lösung des Reichsverfassungswerkes. Wilhelm.“

Darmstadt, 21. April. Die heute erschienene Nr. 24 des großh. Regierungsblattes enthält 1) Reichsgesetze, a. Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaue, b. Gesetz, betreffend die Tagelder und Reiseelder der Abgeordneten zum Reichstage. 2) Gesetz, die Aufhebung der Todesstrafe betreffend. (Zur Ausführung der im Reichsgesetze vom 27. Dec. 1848, die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend, im § 9 enthaltenen Bestimmung.)

Lübeck, 19. April. Die Bürgerschaft hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Adresse an die Nationalversammlung beschlossen:

„In der gegenwärtigen Zeit, wo die Frage sich entscheiden muß, ob Deutschland zu einer einheitlichen Verfassung, zu nationaler Kraft und Stärke gelangen solle oder nicht, ist es heilige Pflicht des deutschen Volks, sich einmütig und entschieden um seine gesetzlichen Vertreter zu scha ren. Deshalb steht die Bürgerschaft rückerla der Erklärung gedrungen: 1) Sie erkennt die von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossene Verfassung als zu Recht bestehend und erregt an. 2) Sie erachtet eine Veränderung derselben nur auf dem in dieser Verfassung bestimmten Wege für zulässig. 3) Sie hegt die zuversichtliche Hoffnung und das volle Vertrauen, die Nationalversammlung werde unerwünschentlich festhalten an dem vollendeten Werke.“

Italien.
* Rom, 11. April. Mercier, der Gesandte der französischen Republik, ist von hier nach Gaeta abgereist. Man hört jetzt, daß das Pariser Cabinet der römischen Regierung die Nothwendigkeit eines Arrangements mit dem Papste sehr dringend ans Herz gelegt habe. Bis auf den Namen „Republik“ sollte Alles gewährt werden. Das Triumvirat hat diese Forderung indeß abgeschlagen.

* Genua, 16. April. Das Dampfboot Sully läuft soeben mit Nachrichten aus Palermo vom 10. April ein, welche melden, daß Miroslawski's Rückzug aus Catania eine Kriegeslist war und daß er die Neapolitaner nur deshalb in die Stadt rücken ließ, um sie desto besser zu vernichten.

Großbritannien.
** London, 20. April. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses zeigte der Marquis v. Lansdowne an, daß er am nächsten Dienstag dem Hause eine Dankadresse an den Oberbefehlshaber, die Offiziere und die Soldaten der indischen Armee für ihre musterhafte Führung in dem letzten Feldzuge vorlegen werde. Auf eine Interpellation Lord Stanley's erwiderte der Minister, daß die auf Sicilien bezüglichen Papiere demnächst dem Hause würden vorgelegt werden, daß die Seemacht unter dem Befehle William Parke's von Sicilien zurückgerufen worden sei und daselbst nur zum Schutze britischer Unterthanen und deren Eigenthums einige Schiffe zurückgeblieben seien, mit den bestmöglichen Anweisungen, in dem Kampfe zwischen den kriegführenden Parteien weder direct, noch indirect zu interveniren. Auf eine Interpellation Lord Beaumont's, in Betreff der französischen Expedition nach Italien, erklärte der Marquis, daß die fragliche Expedition von der britischen Regierung nicht veranlaßt worden und ebensowenig Gegenstand irgend einer Unterhandlung gewesen sei, obgleich der Zweck dieser Expedition, soviel er bekannt sei, keineswegs von der Regierung Ihrer Majestät mißbilligt werden könne. Eine

zweite Frage, das Preisgeben der Sicilianer an einen sehr unchristlichen Monarchen, wie der Interpellant den König von Neapel genannt hatte, müsse er dahin erwiedern, daß er die Behauptung, als habe die Regierung die von ihr eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt, nicht annehmen könne.

Im Unterhause antwortete gestern Lord John Russell auf eine Interpellation d'Israeli's in Betreff Siciliens, daß die Vermittlung zwischen dem König von Neapel und den Sicilianern beendet sei, und daß die auf diese Frage bezüglichen Papiere demnächst dem Hause würden vorgelegt werden; er fügt hinzu, daß die Unterhandlungen mit Dänemark wegen Schleswig-Holstein noch im Gange wären, und man deshalb für den Augenblick die auf diese Angelegenheit Bezug habenden Schriften nicht mittheilen könne. In Betreff des Brüsseler Congresses erinnerte der Minister Hr. d'Israeli daran, daß Oesterreich versprochen habe, einen Bevollmächtigten für denselben zu ernennen, diesem Versprechen aber keine Folge gegeben habe. Hr. Hume interpellirte Lord Palmerston, ob es wahr sei, daß am 26. März ein Courier von Kopenhagen mit wichtigen Depeschen angelangt sei und man diese Depeschen unerschlossen oder wenigstens unbeantwortet gelassen habe, bis es zu spät gewesen sei, die Feindseligkeiten zu verhindern. Lord Palmerston gab hierauf zunächst einige Aufschlüsse über die vorher stattgehabten Unterhandlungen und erklärte dann, daß ihm eine vom 26. März datirte Depesche des dänischen Gesandten, aber nicht in der gewöhnlichen Form zugestellt und durch Zufall verschoben worden sei. Uebrigens sei diese Depesche erst am 29., und nicht am 27. angelangt, wie es nöthig gewesen wäre, um ihren Inhalt dem preussischen Gesandten, der zugleich die Centralgewalt vertritt, mitzutheilen. Da indeß die Vorschläge Dänemarks solcher Art gewesen seien, daß der preussische Gesandte in keinem Falle hätte zustimmen können, so wäre es ganz gleichgültig, ob die Mittheilung am Donnerstag oder am Dienstag gemacht worden sei. Die Antwort hätte in jedem Falle dieselbe sein müssen. Auf eine Interpellation des Herrn Austey in Betreff einer von Rußland der Hoforte gemachten Drohung, seinen Gesandten zurückzuberufen, wenn die türkischen Truppen nicht aus den Donaufürstenthümern zurückgezogen würden, erklärte Lord Palmerston, daß er keine Veranlassung habe, an die Wahrheit einer solchen Drohung zu glauben, und daß dieses Gerücht wahrscheinlich nur in der Ansicht eines sehr hochgestellten russischen Offiziers, der aus St. Petersburg nach Konstantinopel zur Herstellung einer freundschaftlichen Ausgleichung gesandt worden sei, seinen Grund habe.

Zu Anfang der heutigen Unterhausung machte der Kanzler der Schatzkammer, durch eine Interpellation Hume's veranlaßt, die Anzeige, daß die Lage des Schages gegenwärtig eine Mehrheit der Einnahmen, anstatt wie in dem letzten Nachweis eine Mehrheit der Ausgaben, darbiete.

Nachricht.

H Frankfurt, 24. April. In der heutigen 205. Sitzung der Nationalversammlung wurde folgender Antrag der Abgeordneten Bisler aus Tübingen und Feyer unter dem Beifalle der Versammlung einstimmig angenommen:

- 1) Die Nationalversammlung beschließt sofort: Die württembergische Kammer der Abgeordneten insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, so wie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.
- 2) Die Nationalversammlung setzt von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums genannter Kammer der Abgeordneten dies selbst so wie das württembergische Volk überhaupt in Kenntniß.

Börsenberichte.

Frankfurt, 23. April. Der Rückgang zu Berlin am 21. d. M. mit sämtlichen Coursen, auf die Nachricht, daß der König nicht geneigt sei, die deutsche Kaiserwürde mit unbedingter Anerkennung der Verfassung anzunehmen, blieb hier ohne ungnüßige Wirkung auf den Stand der heutigen Börse; es waren vielmehr viele comprante Käufer am Markt, und theilweise stellten sich mehrere Fondsgattungen, sowie namentlich österreichische Papiere, auf den Aufschwung, den solche zu Wien am 19. d. M. genommen, merklich höher im Preise als gestern. 5pEt. Metall. bleiben 77 1/2 pEt., 2 1/2 pEt. Metall 41pEt., Wienerbankactien 1184 fl., 500 fl. Loose 129 pEt., 250 fl. Loose 80 1/4 pEt., Kurpf. 40 Rthlr. Loose 27 3/4 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 28 3/4, 1/2 fl. G., do. 50 fl. Loose 48 1/2 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 71 1/2 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 3/4, Gardinische Loose 28 1/2 fl., Poln. 500 fl. Loose 74 3/8 Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 1 1/2 pEt. Württemberger 94 1/2 pEt., 3 1/2 pEt. do. 78 1/2 pEt., Badische 3 1/2 pEt. Obligationen 77 3/4 pEt., ditto 5pEt. vom Jahr 1848 96 pEt. Geld, Nassauer 3 1/2 pEt. Obligationen 80 1/2 pEt., do. 5pEt. v. J. 1849 99 7/8 pEt. Von belgischen Obligationen 2 1/2 pEt. belgische 43 1/2, ditto 4 1/2 pEt. 83 1/2, ditto 5pEt. 90 1/2, Fr. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn anfangs 34 1/4 schließt 35 Rthlr. G.; Werbach bleibt 73 1/2 pEt., Köln-Minden 77 pEt., Lanus 292 fl., 3pEt. inl. Span. fest im Cours 24 1/2 pEt. G. Von Wechseln London 120 3/4, eher zu haben, Amsterdam 100 1/4 zu haben, Augsburg 119 3/4 G., Mailand 100 1/4 G., Bremen 99 1/4, Berlin und Leipzig 103 3/4 G., Wiener angefangen mit 104 7/8 stieg in Folge gemachter Ankäufe eines großen Banquierhauses bis auf 105 1/4, à 105 3/8, Paris 95 1/4.

Paris, 21. April. Stand der Rente: 5pEt. 88. 10. — 3pEt. 56. 25. — Neapol. 82. — Neue 3pEt. Span. 33. — Innere Schuld 24 3/4. — Bankactien 2392. 50. — Versailles, regies Ufer 220. — Unkes Ufer 185. — Paris-Orleans 852. 50. Paris-Rouen 565. — Orleans-Bierzon 560. — Rouen-Havre 300. Marseille-Avignon 216. 25. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 452. 50. — Paris-Straßburg 371. 25. — Römische Ansehen 78 1/4, 3/4, 1/4.

[1144] Die Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn hat eine Anzeige gemacht, in welcher sie über den Stand des Unternehmens berichtet. Sonach wird im Laufe des Jahres die Bahn vollendet und mit den aufzunehmenden 1 1/2 resp. 2 Millionen Thaler ist der gänzliche Bedarf zum Ausbau der Bahn und für die Zinsen pro 1849 gedeckt. Auch sei die Frequenz bedeutend; wie viel, wird nicht gesagt.

Im vorjährigen Bericht erklärte die Direction mit dem Actien-Capitale von 8 Millionen für die ganze Bahn vollkommen auszureichen; ein bedauerndwerther Irrthum, der manche Leichtgläubige veranlaßte, sich bei dem Unternehmen zu betheiligen; noch ist es uns nicht klar, wie man sich so verrechnen konnte.

Wenn aber, wie wir hoffen, diesmal keine neue Nachrechnung kommt, so kostet doch immer die Bahn pr. Meile 513,000 Rthlr. oder 900,000 fl. Berechnen wir die Einnahmen nach denen der Thüringer Bahn (die eine doppelt bevölkerte und reichere Gegend durchschneidet), so hat letztere in 1848 eingenommen auf 22 1/2 Meile 503,000 Rthlr. Die Einnahme der Nordbahn wäre also auf 19 1/2 Meile . . . Rthlr. 435,900 Betriebskosten als Minimum bekanntlich

60 pCt.	Rthlr. 261,540
Zinsen von 1 1/2 Million à 5 pCt.	75,000
Rückzahlung des Anlehens von 2 Mill. à 1 pCt.	20,000
	356,540

bleiben also Rthlr. 78,360 Reparaturen und andere Kosten nicht gerechnet.

Für den undenklichen Fall also, daß die Nordbahn eben so viel einnahme, als die Thüringer Bahn, wäre für die Actionäre etwa 1 pCt. zu erwarten. Wir glauben uns aber nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß das Resultat weit unter obiger Berechnung bleiben wird. Den Zweck der Anzeige der Direction kennen wir nicht, unsere Anzeige aber soll dem Publikum die Augen öffnen.

Benachrichtigungen.

[1160] Eine gebildete Dame, die gut deutsch, französisch und italienisch spricht, auch eine tüchtige musikalische Bildung besitzt, sucht eine Stelle als Gesellschafterin, oder sonst eine ihren Kenntnissen entsprechende Anstellung.

Schriftliche Anfragen mit den Buchstaben **L. Z.** bezeichnet werden franco erbeten.

[1091] Verlag von C. G. Kunze in Mainz und in allen Buchhandlungen, in Frankfurt in der J. G. Hermann'schen zu haben:

Schimmer, C. A., Das Leben und Wirken

Erzherzogs Johann von Oesterreich,

nach Originalquellen und Urkunden geschildert. gr. 8. eleg. geh. 54 fr. od. 16 Ngr.

Der Verleger dieser Schrift hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Literatur mit einem Werke über das Leben des edlen Erzherzogs zu bereichern, welches historischen und somit bleibenden Werth habe. Es ist ihm dies auch gelungen und von vielen Seiten wurde er auf die bereitwilligste und zuvorkommendste Weise unterstützt. — Es standen ihm Quellen zu Gebote, die zuvor noch Niemand zugänglich waren, und der kundige Leser fraglicher Schrift wird an der Wahrheit des Gesagten nicht zweifeln. Diese Schrift verbreitet sich über das ganze seitherige Wirken des Erzherzogs von seinem ersten öffentlichen Auftreten bis zur Annahme der Würde eines Reichsverwesers. Sie bringt über vieles bisher unbekanntes Aufschlüsse, auch über die Kriege von 1800, 1805 und 1809, und zeigt, wie schon im Beginn seiner Laufbahn der kenntnißreiche und charakterfeste Erzherzog mit Hindernissen aller Art zu kämpfen hatte, wie unberücksichtigt sein kühner, aber mit scharfem Geiste und localer Anschauung entworfener Verteidigungsplan für den Krieg von 1805 und seine Denkschrift darüber an Kaiser Franz blieb. Er sprach damals seine Ueberzeugung über das veraltete Heer- und Verwaltungssystem aus; sein Rath wurde aber vom Hofkriegsrath verworfen. Sie erzählt ferner sein Verhältnis zum Kaiser Franz und dem Hof, auch über das große vermeintliche Complot von 1813 und die damit in Verbindung stehende veräbe Lage einer angeblichen Erhebung des Erzherzogs Johann zum König von Neapel. — Sie bringt Neues über die Schlacht von Wagram und gibt Nachricht von seinem Kriegsplan für 1809; beschreibt ausführlich seine 1815 unternommene Reise nach Frankreich, England und die Niederlande, die für die österreichische Industrie so nützlich war; die in das russische Lager zu Wosnessensk, nach Konstantinopel, Griechenland, im Jahr 1837, und 1842 an den Rhein in das Hoflager des Königs von Preußen. — Gibt Aufschluß über die Zustände Tyrols im Jahr 1848 u. c., wie nicht minder über sein gemeinnütziges Wirken und vielfach thätiges Leben für Wissenschaft und Kunst.

Der Leser erfährt, wie vielumfassend seine Kenntnisse und Leistungen sind, daß Erzherzog Johann ein geschickter Ingenieur ist, ein gründlicher Kenner und Pfleger der Naturwissenschaften, ein tüchtiger Landwirth und wie sehr er in technischen Wissenschaften unterrichtet ist. Beweise dafür liefern seine Pläne für Befestigungswerke in Tyrol, Italien, in den Karpathen, die Gründung des Joannäums in Gräs, die verschiedenen von ihm gestifteten landwirthschaftlichen Vereine, für Bergbau, vaterländische Geschichte, Musik u. c. und gewiß wird Jedermann, der sein ganzes seitheriges Leben überschaut, so reich an Thätigkeit und Nützlichkeit, gern mit einstimmen, daß, wenn es ihm auch nicht beschieden war, selbstständig am Staatsruder zu stehen, man dennoch von ihm sagen darf, seit Friedrich dem Großen gab es in Deutschland keinen Fürsten, der ihm an Geist, Einsicht und Thätigkeit gleich und der so volksthümlich wie er geworden ist.

Auch sein Familienleben und seine bürgerliche Weisheit ist in dem Buche beschrieben, und wir lernen ihn aus der wahrheitsgetreuen Schilderung als einen der edelsten Menschen von tiefem Gefühl und der reinsten Humanität kennen, der mit ganzem Herzen dem deutschen Vaterlande angehört und mit der redlichsten Gefinnung sein Wohl will. Beweise dafür liefern seine Thaten im angehenden Mannesalter und seine Stellung in der neuesten Zeit. Damals und jetzt ist's dem trefflichen Erzherzog wenig gerankt worden, wie aufrichtig er bemüht war, für die Wohlfahrt Deutschlands zu sorgen. Die Zukunft wird es enthüllen, mit welchen Hindernissen er bei seinem redlichen Streben in der Gegenwart zu kämpfen hatte.

Der Frankfurter Volksbote

erscheint seit Anfang April dreimal wöchentlich unter der Redaction von A. v. Kochau in der Raumann'schen Druckerei zu Frankfurt am Main. Der Frankfurter Volksbote hat sich die Aufgabe gestellt, das Verständniß und die unbefangene Würdigung der wechselnden Ereignisse des Tages und der bleibenden Interessen des deutschen Volks in engeren und weitem Kreisen zu vermitteln. Nach dem allgemeinen deutschen Verhältnissen, den Reichsangelegenheiten, ist es vorzugsweise der politische Zustand und die Verfassungsfrage des Reichsstaats Frankfurt, welche der Frankfurter Volksbote in den Bereich seiner Mittheilung und seiner Beurtheilung ziehen wird. Was das politische Glaubensbekenntniß des Blattes betrifft, welches wir ankündigen, so läßt sich dasselbe in der Erklärung zusammen fassen, daß der Volksbote unbedingt und um jeden Preis an der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündeten Verfassung beständig ist.

Der vierteljährliche Abonnementspreis des Volksboten beträgt 45 fr. Auswärtige Bestellungen werden durch die Postämter besorgt. Einsendungen an die Redaction erbittet man unter Adresse der Raumann'schen Druckerei.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fabriken des Dampfschiffes Lübeck, Capt. G. Fuhr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fabriken beginnen. Lübeck, den 23. März, 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

NB. Federn, Bettfedern und Haare werden nicht geladen.

Großer Ausverkauf während der Messe Neuekräme 27.

Zuch und Buntstich in Wolle, Seide, Sammet und Pique die Messe 24, 30, 36 fr. bis 1 fl. 45 fr., Sommerpönsen und Sommer-Buntstich die Hofe 1 fl. bis 4 fl. 48 fr., 1500 Stück Sommerrode und Paletots von 2 1/2 bis 8 1/2 fl., Schlafrode und Hausrode von 2 1/2 bis 6 1/2 fl.

Im Laden Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunsfels, bei

[1078] J. Sachs, aus Berlin.

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Fahrpost-Expedition befinden sich verschiedene im Postgebäude und in den Eilwägen zurückgeliebene Passagier-Effecten, als: Handschuhe, Stöcke, Bücher, Messer, Taschenmesser, Messer, 1 Flasche, 1 leerer Nachtsack, Mützen, Sacktücher u. c., welche Gegenstände innerhalb sechs Monaten von heute an gegen gehörige Legitimation in Empfang zu nehmen sind, weil außerdem anderweit darüber verfügt werden wird. Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Fürstlich Thurn u. Taxis'sches Ober-Post-Amt.

[1090] Bei Sauerländer, Sandgasse Nr. 8 neu, zu haben:

Die Wage.

Deutsche Reichstagschau von J. Benedek.

Siebentes Heft, enthaltend: Die erste Jahresfeier der März-Revolution. — Rede, gehalten am 4. März bei der Jahresfeier der Revolution zu Wiesbaden.

Preis: 21 kr. oder 6 Sgr.

NB. Es erscheint wo möglich regelmäßig alle 14 Tage ein Heft von 3 Bogen. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an.

Niederländische Handelsgesellschaft.

Die Direction bringt hiermit zur Anzeige, daß sie Donnerstag den 10. Mai 1849 in Rotterdam über

16967 Kranj. u. Kan. Java-Zucker, lagernd daselbst, 46337 " " " " " in Amsterdam, 3020 " " " " " in Dordrecht, 5097 " " " " " in Middelburg, Auction halten wird.

Notizen und Verkaufsbedingungen werden zeitig ausgegeben. Amsterdam, den 5. April 1849.

[1050] Van der Dundermeulen, Präsident. Goudsward, Dir. fung. Secretär.

Bitte, betreffend die Herkunft des Carl Theony in Mainz.

Carl Theony ist im Jahr 1798 oder 1799 als ein Kind von sechs oder acht Tagen durch den kurpfälzischen Geheimsecretär, späterhin königl. bayerischen Rath Heidel oder Hettel seiner Schwester, der Ehefrau von Johann Schaeff in Großwinternheim bei Mainz, zur Erziehung übergeben worden, und soll in dem Gasthof zu den „drei Kronen“ in Mainz geboren sein. Nach fünfjährigem Aufenthalt in Großwinternheim verheiratete sich der eben genannte Rath Heidel und Theony kam in das Haus von demselben; Heidel starb im Jahre 1813. Er war mit der reichsten Ausstattung versehen und große Verschwendungen wurden seinen Erziehern gemacht. Im Alter von etwa fünfzehn Jahren, nachdem Herr Heidel ihm von früher den Namen Theony beigelegt hatte, war er in dem bayerischen Heer, und machte den Feldzug von 1815 mit. Damals erfuhr er von seinen Pflegeeltern Schaeff, es sei der Fürst Carl v. Zenburg sein Taufvater gewesen; auch sei eine Frau v. Kling von Adelshausen bei Neuburg an der Donau häufig zum Besuch gekommen, und habe ihm eine mütterliche Liebe und Sorgfalt angedeihen lassen. Im Jahr 1819 ließ sich Frau v. Kling von Adelshausen, welche damals in Bayern lebte, zu wiederholtenmalen durch den Dekan Nischmayr zu Adelshausen in Großwinternheim nach dem Aufenthalt und den Schicksalen des Carl Theony erkundigen; doch dort mußte man nichts von dessen Aufenthalt. Im Jahre 1821 nahm Theony seinen Abschied und kehrte 1825 in seine Heimath zurück. Jetzt erst erfuhr er die Schritte, welche Frau v. Kling sechs Jahre zuvor gethan hatte. Allein in der Zwischenzeit war Frau v. Kling gestorben, und auf alle Erfindungen erhielt Theony keine weitere Antwort, als daß sein Name sich weder in den Papieren noch im Testamente der Frau v. Kling finde.

Zum Besten des in dürftigen Verhältnissen (als Hausknecht!) lebenden Carl Theony mit Frau und drei unermöglichten Kindern ergreift man daher den Weg der Deffentlichkeit, und bittet alle diejenigen, welche über die Herkunft des Carl Theony und insbesondere über den Inhalt des Testaments der Frau v. Kling (welche im Jahr 1823 zu Karlsruhe bei Neuburg an der Donau verstorben ist) irgend eine Auskunft zu geben vermögen, dieselbe gefälligst an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Mainz, April 1849. [1138] v. Sorig, Lit. E Nr. 233.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.

Nur während der Messe Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunsfels. Regenschirme in schwerer Seide von 3 1/2 bis 5 1/2 fl. — Sonnenschirme in schwerer Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl. 45 fr. bis 3 1/2 fl. Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunsfels, bei

[1077] J. Sachs, aus Berlin.

Zu vermieten.

Ein Landsitz in der Schweiz. Derselbe liegt in einer schönen, weinreichen Gegend in der Nähe des Rheins, 5 Stunden von Zürich, 3 Stunden von Schaffhausen. Die Wohnung, ein herrschaftliches Schloß, ist gut möblirt, Küchengeräthe, Tisch- und Bettwäsche inbegriffen. Garten mit Garten-Salon und Fontäne, ausgedehnte Anlagen, Badzimmer, Stallung und Remise. Tägliches Courir. — Die Adresse des Eigentümers wird von der Expedition dieses Blattes mitgetheilt.

[1141] Eisenbahnstraße, F G 16, schönste Lage vor der Stadt, fünf Zimmer, mit oder ohne Möbel, zu vermieten.

[1143] Zeit, Nr. 61 neu, erster Stock, sind drei möblirte Zimmer zu vermieten.

Sardinische 36 Fr. Loose

Ziehung den 1. Mai, coursmäßig bei J. N. Frier & Cie. [1137]

[1183] Sonntag Abend, den 22. d., ist ein Mantel von dunkelblauem Tuch aus Versehen aus dem Saale des „Englischen Hofes“ mitgenommen worden; man bittet denselben gefälligst wieder daselbst abgeben zu wollen. Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Büdingen & Gouverneur, im „Englischen Hofe“

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[876] Edictalladung. Vom Großh. Hofgerichte zu Gießen ist über das mit 1821 fl. 51 kr. verschuldete Vermögen des Konrad Schultze von Romrod der formelle Concurs erkannt worden. Alle, welche Ansprüche an die Masse bilden, werden bei Vermeidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses aufgefordert, solche

Dienstag, den 8. Mai, Vormittags 9 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte zu liquidiren, auch sich über Verlagsvorschläge zu erklären, als sonst sie der Mehrzahl der Gläubiger beitreten angesehen werden. Schotten, den 24. März 1849. Großh. Hess. Landgericht. Winheim.

[1088] Edictalladung. Nachdem der Soldat Joh. Conrad Heinrich Better von Oberlauten, Herzogl. Amis Usinen, aus Urlaub entwichen und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe nunmehr von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung deshalb bis zum

ersten Juni l. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den bestehenden Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einstands-Capitales, zum Ersatz des Vertragenen und in die Unterzückungskosten verurtheilt, das desfallige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird. Wiesbaden, den 11. April 1849. Militär-Gericht des Herzogl. Nass. II. Regiments. Ger au, Oberst. Westerbürg, Auditor.

Decret in Sachen

der J. G. Stronks geborne Wasbeck von Zwolle im Königreich der Niederlande, Klägerin und Impeptrantin gegen

- die Erben des verstorbenen Landoberschultheißen Mainone zu Limburg, namentlich:
- 1) Justine Gertrude Mainone, Ehefrau des Hüthenverwalters Rögath auf der Obercafferer Mannhütte bei Bonn,
 - 2) Franz Carl Mainone zu Köln,
 - 3) Ernst Joseph Mainone zu Andernach,
 - 4) Franz Martin Mainone zu Limburg,
 - 5) Tuchmacher Jacob Bernhard zu Limburg, auch Vormund über Joseph Mainone allda,
 - 6) Catharine Mainone zu Andernach,
 - 7) Theresia Mainone, verheirathet an Hof-Gerichts-Beisitzer Mäpfer zu Nassau im Großh. Vogthum Wader,
 - 8) Sophie Mainone, verheirathet an den Kaufmann Rothmel in Luxemburg,
 - 9) Johann Mainone allda und
 - 10) Nanette Mainone allda,

Bezlagte und Impeptrante wegen Rechnungsablage über die für die Impeptrantin eingenommenen Steuergelder im Betrage von 2150 fl., inebensondere wegen Arrestes.

Da in der rubricirten Rechtsache am 21. Februar 1832, eine Forderung der Bezlagten und Impeptranten von 100 fl. Rest von 150 fl. aus Darlehn, an den nunmehr verstorbenen Simon Brahm zu Billmar mit Arrest befristet worden ist, der Rathsherr Müller zu Billmar als bestellter Güterpfandverheber des Simon Brahm darauf diese 100 fl. am 6. März 1832 bei der damaligen Schuldenliquidationscommission deponirt hat und hierüber der Schuldschein vom 15. April 1832 dahier vorliegt, so wird auf des Anrufes des Deponenten und der Erben des Simon Brahm namentlich: 1) Johannes Brahm und 2) Catharina Brahm, Ehefrau des Peter Geis zu Billmar, den Partien, ober deren Rechtsnachfolger, deren bermaliger Wohnort nicht bekannt ist, aufgegeben, so gewis binnen 60 Tagen von dem ersten Erscheinen dieses Decrets in öffentlichen Blättern an gerechnet, ihre Ansprüche an dem vorbezeichneten Depositem dahier geltend zu machen, als sonst dasselbe dem Deponenten, dem Rathsherrn Müller zu Billmar zurückbezahlt werden soll.

Runkel, den 23. Februar 1849. Herzogl. Nass. und Fürstl. Wied. Amt. Krefel.

Bekanntmachung.

Im Laufe der Osterwoche d. J. wurde ein von dem f. l. österr. Kaiserlichen k. k. Hofrath v. Laibach um die Mitte März l. J. für den Oubstbesizer Aloys v. Wiesner nebst Gattin aus Klagenfurt ausgestellter, Graf Welfersheim Gouverneur, unterzeichneten Reisepaß dahier entwendet und ist nachbeschriebenes Individuum, welches angeblich auf der Reise nach Straßburg begriffen war, der Entwendung verdächtig.

Es werden die resp. auswärtigen Behörden unter dem Erbiten zu Gegendiensten ersucht, den entwendeten Paß im Betreffungsfall anzuhalten, den Befizger über den Erwerb zu vernehmen und nach Umständen das weiter Geeignete zu verfügen, auch Nachricht hierher gelangen zu lassen. Frankfurt a. M., den 18. April 1849. Polizei-Gericht.

Beschreibung des Verdächtigen: Alter: in den Zwanzigen. Statur: klein. Haare: hellbraun. Kleidung: Oberrock, graue Hosen, Hut.